

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 20/029/2011

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur, des Bau- und Planungsausschusses und des Sozialausschusses am 13.10.2011

Zu Punkt 4: Nachtragshaushalt 2011 / 2012
--

Herr Rech informiert die Ausschussmitglieder über das Verfahren der Abstimmung zum Haushalt. Die Abstimmung erfolgt produktweise, die dazugehörigen Veränderungsanträge liegen in der korrekten Reihenfolge als Tischvorlage aus. Zum Ende der Beratungen aller einzelnen Produkte ist von jedem Ausschuss einzelnen über den gesamten Nachtragshaushalt abzustimmen.

Produkt 01.13.01 Kaufmännisches Gebäudemanagement

Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 01.13.02 Technisches Gebäudemanagement, Verwaltungsgebäude einschließlich Bauhof

Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 01.13.07 Technisches Gebäudemanagement, Sonderkindergärten

Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 03.01.02 Berufskolleg Neandertal, Mettmann

Zuständigkeit: Ausschuss für Schule und Kultur

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.01.03 Heimaufsicht

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Auf Nachfragen von KA Stolz und KA Nessler-Mannheim zu der im Nachtragshaushalt aufgeführten Stelle der Heimaufsicht, erläutert Herr Kreisdirektor Richter, dass diese zurzeit noch nicht besetzt sei, jedoch geplant ist, die Stelle mit einer Rückkehrerin zu besetzen. Die Anforderungen an diese Stelle entsprechen den Aufgaben einer klassischen Heimaufsicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.02.01 Leistungen zum Lebensunterhalt

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.02.03 Hilfe bei Pflegebedürftigkeit

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.02.04 Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.02.05 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Verwaltung zu Produkt 05.04.03
Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
 Zuständigkeit: Sozialausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.136, Zeile 15, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	1.329.000	2.908.200	2.908.200	3.008.200				
Ansatz (neu)	1.069.000	2.908.200	2.908.200	3.008.200				

Begründung des Antrages:

Die aktuelle Hochrechnung hat ergeben, dass im Jahr 2011 rund 300.000 € des für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket veranschlagten Betrages nicht benötigt werden. Davon können 260.000 € zur Refinanzierung der Mehraufwendungen für das Bonussystem im Produkt 05.04.04 eingesetzt werden.

Herr Kreisdirektor Richter erläutert den Hintergrund der Veränderungsanträge der Verwaltung zu 05.04.03 und 05.04.04 – Bonussystem. Insgesamt sollen 260.000 € mehr für das Bonussystem an die kreisangehörigen Städte ausgezahlt werden. Hiervon werden 60.000 € für die Städte als Anreiz anteilig zur Verfügung gestellt, die trotz großen (**personellen**) Einsatzes das Ziel von 10 % Reduzierung noch nicht erfüllen konnten.

(Erläuterung: Für das Jahr 2011 sind Einsparungen in Höhe von insgesamt ca. 660.000 € geplant worden, die zur Hälfte (rd. 330.000 €) an die kreisangehörigen Städte ausgekehrt werden sollen. Hochgerechnet bis Ende des Jahres wären hierfür insgesamt ca. 530.000 € an Bonusmitteln erforderlich, also rd. 200.000 € mehr als im ursprünglichen Ansatz. Darüber hinaus werden 60.000 € als zusätzlicher Anreiz (s.o.) benötigt.)

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Verwaltung zu Produkt 05.04.04
Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege
 Zuständigkeit: Sozialausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.143, Zeile 16, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	399.400	363.600	359.100	359.100				
Ansatz (neu)	659.400	363.600	359.100	359.100				

Begründung des Antrages:

Für 2011 wurde vom Kreistag in seiner Sitzung vom 20.12.2010 als Anreiz für die Städte, die jeweils örtliche Pflege- und Wohnberatung bedarfsgerecht auszustatten, ein Bonussystem bei Reduzierung von Heimaufnahmen eingeführt. Als Anreiz waren 332.000 € im Haushalt angesetzt worden. Denen Minderausgaben im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege bei den Stufen 0 und 1 gegenüber stehen sollten.

Ebenfalls in der Sitzung vom 20.10.2010 hat der Kreistag weitere Bonuszahlungen je Fall beschlossen, der über die Reduzierung um 10% hinausgehen sollte.

Nachdem die Entwicklung der Fallzahlen zum 21.07.2011 vorliegt, ist festzustellen, dass ein Teil der Städte einige Fälle mehr als die angesprochenen 10% vermieden haben. Bonussystem plus Erhöhung je Fall würden mehr hochgerechnet bis Ende des Jahres einen Bonus von 527.660 € ausmachen (rund 200.000 € mehr als im Ansatz). Andere Städte haben mit großem Einsatz die geforderten Qualitätsstandards erfüllt (z.B. durch Neueinstellungen), konnten jedoch die 10% Reduzierung – noch – nicht erfüllen. Auch bei diesen Städten soll das Bemühen honoriert werden, die Standards erfüllt zu haben.

Bei einer prozentualen Berücksichtigung der Reduzierungen würden hierfür ca. 60.000 € als Bonus fällig.

Erst Anfang 2012 kann die tatsächliche Höhe der Boni ermittelt werden und es können sich daher noch Abweichungen ergeben.

Insgesamt müsste der Ansatz um 260.000 € erhöht werden.

Die Erhöhung bezieht sich zunächst nur auf das Haushaltsjahr 2011, da noch nicht eingeschätzt werden kann, ob auch ab 2012 in ähnlichem Umfang Heimaufnahmen verhindert werden können und die geplanten Erörterungen mit den kreisangehörigen Städten über die Ausgestaltung des Bonussystems ggf. auch zu Änderungen führen können.

Herr Kaiser erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, dass die Ausschüttung des Teilbetrages von 60.000 € bei Nichterreichung des Zieles von 10 % Reduzierung nicht mitgetragen werde. Generell sei die Fraktion aber mit der Erhöhung des Ansatzes einverstanden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion,
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion,
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion,
2 Nein-Stimmen Bündnis90 / DIE GRÜNEN,
1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion

Produkt 06.01.01 Kompetenzagentur/Schulsozialarbeit/Übergang Schule-Beruf

Zuständigkeit: Sozialausschuss

Herr Janssen hebt hervor, dass der Kreis Mettmann trotz der erfolgreichen Arbeit keine Kompetenzagentur mehr betreibt. Auch wenn diese Entscheidung des Kreistages vordergründig auf die Kürzung der Bundesförderung zurückzuführen sei, so beurteilt die SPD-Fraktion die Auflösung der Kompetenzagentur als einen finanz- und sozialpolitischen Fehler. Neben den erheblichen Folgen für die betroffenen Jugendlichen sei mit spürbar höheren Sozialkosten für den Kreis zu rechnen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE

Veränderungsantrag der CDU-Fraktion zu Produkt 12.01.01
Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen
 Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.179, Zeile 13, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)	1.773.150	1.011.150	996.200	966.700/ 983.700				
Ansatz (neu)	1.773.150	1.261.150	996.200	966.700/ 983.700				

Begründung des Antrages:

Bereits für 2009 waren für die Grundsanie rung der Turnstraße die entsprechenden Haushaltsmittel veranschlagt, wurden jedoch nicht ausgegeben, da die Stadt Haan zu dieser Zeit einen Tausch zwischen der Martin-Luther-Straße und der Turnstraße als Kreisstraße beabsichtigte. Dazu sollte das Ergebnis eines Verkehrsentwicklungsplanes abgewartet werden. Dieser ist bis heute aus Kostengründen nicht in Auftrag gegeben.

Die K5 ist jedoch nicht besser geworden und bedarf dringend der Sanierung.

Frau Haase erläutert, dass mit der Stadt Haan bezüglich einer Umstufung der Turnstraße noch Gespräche geführt werden müssen.

KA Schmickler zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

Veränderungsantrag der Verwaltung zu Produkt 12.01.01
Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen
 Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.181, Zeile 25, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					984.950	800.000	4.020.000	3.620.000/700.050
Ansatz (neu)					1.024.950	1.120.000	4.020.000	3.620.000/700.050

Begründung des Antrages:

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 29.09.2011 einstimmig beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, für den Bau der Radwegebrücke über die K1 in Heiligenhaus die Variante 1 weiter zu verfolgen und bei der Planung eine Ausweitung in östlicher oder westlicher Richtung zur Stellung einer Parkbank, zu berücksichtigen.

Nach der Kostenschätzung betragen die Gesamtkosten der Variante 1 330.000 €. Durch die neu hinzukommende Ausweitung für die Stellung einer Parkbank entstehen Mehrkosten in Höhe von ca. 30.000 €. Die Kosten der Maßnahme erhöhen sich dadurch auf 360.000 €.

In 2011 werden Planungskosten in Höhe von 40.000 € veranschlagt. Die restlichen 320.000 € werden in 2012 für die Ausführungsphase benötigt.

Auf Nachfrage von KA Münchow erklärt Frau Haase, wie sich die veranschlagten Mehrkosten in Höhe von 30.000 € zusammensetzen. Um den Aufenthaltsbereich einschließlich Parkbank zu realisieren, bedarf es einer Verbreiterung des alten Bahndamms. Diese besteht aus einem entsprechenden Stützbauwerk, einer Hinterfüllung, der Herstellung der Oberfläche und einer Absturzsicherung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Veränderungsantrag der Verwaltung zu Produkt 12.01.01
Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen
 Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.181, Zeile 25, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					984.950	800.000	4.020.000	3.620.000/700.050
Ansatz (neu)					1.009.950	1.035.000	4.020.000	3.620.000/700.050

Begründung des Antrages:

Der Bau- und Planungsausschuss hat in seiner Sitzung am 29.09.2011 mehrheitlich beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen, die notwendigen Schritte für den Bau eines Kreisverkehrs an der Kreuzung K4/K25 in Heiligenhaus in die Wege zu leiten und die erforderlichen Mittel – auch ohne eine Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - bereitzustellen.

Die Kosten für diesen Kreisverkehr betragen 260.000 €. Damit die Maßnahme in 2012 baulich umgesetzt werden kann, werden für 2011 Planungskosten in Höhe von 25.000 € veranschlagt und in 2012 die restlichen Kosten in Höhe von 235.000 €.

KA Münchow teilt mit, dass er den Veränderungsantrag der Verwaltung ablehnen wird, da seine Fraktion keine Notwendigkeit für die Errichtung eines Kreisverkehrs an dieser Stelle sieht. KA Schmickler gibt zu bedenken, dass bei der Abstimmung im Rat der Stadt Heiligenhaus alle Fraktionen für diesen Antrag gestimmt haben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion,
4 Nein-Stimmen SPD-Fraktion,
2 Enthaltungen FDP-Fraktion,
2 Ja-Stimmen Bündnis90 / DIE GRÜNEN,
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion

Veränderungsantrag der Verwaltung zu Produkt 12.01.01
Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen
 Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

Es wird vorgeschlagen, den Planansatz auf S.181, Zeile 25, wie folgt zu ändern:

Beträge in €	Ergebnisplan				Finanzplan			
	2011	2012	2013	2014/15	2011	2012	2013	2014/15
Planansatz (alt)					984.950	800.000	4.020.000	3.620.000 700.050
Ansatz (neu)					994.950	820.000	4.410.000	3.620.000 700.050

Begründung des Antrages:

Der Kreistag hat am 27.06.2011 den Landrat beauftragt, mit der Stadt Ratingen, den gewerblichen Eigentümern und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW als gemeinsame Kostenträger, die Möglichkeit der Einrichtung eines Kreisverkehrs am Knotenpunkt K19 / An der Hoffnung in Ratingen zu prüfen und den zuständigen Fachausschuss zu unterrichten.

Am 29.09.2011 wurde der Bau- und Planungsausschuss darüber unterrichtet, dass ein Kreisverkehr an dieser Stelle leistungsfähig sei und aufgrund der örtlichen Platzverhältnisse grundsätzlich vorstellbar und sich in der vorhandenen Verkehrsfläche realisieren ließe.

SB Hols informiert, dass er im Namen seiner Fraktion diesem Antrag nur zustimmt, wenn sich die Stadt Ratingen, die gewerblichen Eigentümer und der Landesbetrieb Straßenbau NRW auch tatsächlich an den Kosten beteiligen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 12.01.01 Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen
 Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

KA Schmickler dankt an dieser Stelle der Verwaltung für die Erklärungen zu den Anträgen und die im Vorfeld geleistete Arbeit. Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über das Gesamtprodukt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produkt 13.01.01 Naherholungseinrichtungen

Zuständigkeit: Bau- und Planungsausschuss

KA Gorris bemängelt die Höhe der Kosten des Neanderhochpfades auf S. 212 Nummer 13 im Nachtragshaushalt 2011/2012. Die hierfür veranschlagten Kosten in Höhe von 350.000 € seien für diese Maßnahme zu hoch.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion,
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion,
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion,
2 Nein-Stimmen Bündnis90 / DIE GRÜNEN,
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion

Abstimmung Bau- und Planungsausschuss

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur, der Bau- und Planungsausschuss und der Sozialausschuss nehmen den vorliegenden Nachtragshaushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 – soweit er in ihren Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfehlen dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

**7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion,
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion,
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion,
2 Nein-Stimmen Bündnis90 / DIE GRÜNEN,
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE
1 Ja-Stimme UWG-ME-Fraktion**

Abstimmung Ausschuss für Schule und Kultur

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur, der Bau- und Planungsausschuss und der Sozialausschuss nehmen den vorliegenden Nachtragshaushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 – soweit er in ihren Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfehlen dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Abstimmung Sozialausschuss

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Kultur, der Bau- und Planungsausschuss und der Sozialausschuss nehmen den vorliegenden Nachtragshaushaltsentwurf für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 – soweit er in ihren Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfehlen dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen